

**Beratungsergebnisse  
aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats  
am 07. Februar 2024**

**1 Bekanntgaben**

**2 „Bürgerbegehren gegen Hotel und Parkhaus am Waidsee“ mit der Frage: „Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 20.09.2023 zur Aufstellung des Bebauungsplans 1/01-23 und der 20. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Freizeit Waidallee“, der den Bau eines Hotels und eines Parkhauses am Waidsee ermöglichen soll, aufgehoben wird?“**

**Vorlage: 022/24**

**Beschlussantrag:**

1. Der Gemeinderat stellt fest, dass das „Bürgerbegehren gegen Hotel und Parkhaus am Waidsee“ mit dem Ziel der Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderats vom 20.09.2023 zur Aufstellung des Bebauungsplans 1/01-23 und der 20. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Freizeitbad Waidallee“, der den Bau eines Hotels und eines Parkhauses am Waidsee ermöglichen soll, zulässig ist.
2. Als Abstimmungstag für den Bürgerentscheid wird Sonntag, der 9. Juni 2024 festgesetzt, gemeinsam mit den an diesem Tag stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen.
3. Die Abstimmungsfrage lautet: „Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 20.09.2023 zur Aufstellung des Bebauungsplans 1/01-23 und der 20. Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich „Freizeitbad Waidallee“, der den Bau eines Hotels und eines Parkhauses am Waidsee ermöglichen soll, aufgehoben wird?“
4. Der Gemeinderat beschließt für die nach § 21 Absatz 5 Gemeindeordnung (GemO) vorgesehene Information der Bürger im Vorfeld des Bürgerentscheids die Erstellung einer Informationsbroschüre für alle Haushalte.

**Ergebnis: Einstimmige Zustimmung zu allen Punkten**

**4 Personalstelle für den Ausbau und kontinuierlichen Betrieb eines qualifizierten Energiemanagements, Drucksache-Nr. 104/23  
Vorlage: 009/24**

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung unter Bezugnahme auf die Beschlussfassung vom 20.09.2023 (Personalstelle für den Ausbau und kontinuierlichen Betrieb eines qualifizierten Energiemanagements, Drucksache-Nr. 104/23), die Gewährung eines förderunschädlichen vorzeitigen Maßnahmenbeginns zu beantragen, in das Stellenbesetzungsverfahren einzusteigen und die Stelle ohne die Vorlage des finalen Förderbescheids zu besetzen.

**Ergebnis: Einstimmige Zustimmung**

**5 Haushaltsplanung 2024  
Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans der Stadt Weinheim für das Jahr 2024  
Hier: Beschlussfassung über Anträge aus den Reihen des Gemeinderats und die Änderungsliste der Verwaltung  
Vorlage: 020/24**

**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat entscheidet über die Anträge aus den Reihen des Gemeinderats und beschließt die neue Änderungsliste zur Sitzung am 28.02.2024.

**Ergebnis: Der Gemeinderat beschließt einstimmig die neue Änderungsliste zur Sitzung am 28. Februar 2024.**

**Ergebnis: Der Gemeinderat beschließt einstimmig 800.000 Euro in 2024 im Teilhaushalt 5, Produktgruppe 31.40 Soziale Einrichtungen, in die Investitionsplanung aufzunehmen.**

**Ergebnis: Der Gemeinderat beschließt jeweils mehrheitlich,**

- Der Antrag von DIE LINKE
  - „1. Weinheim führt eine Abgabe auf Einwegverpackungen für Speisen und Getränke für den sofortigen Verzehr ein. Die Verwaltung erstellt eine entsprechende Beschlussvorlage.
  2. Die Abgabe soll zur Jahresmitte 2024 eingeführt werden, um bereits in den Sommermonaten Wirkung zu entfalten und das Stadtbild zu entlasten. Es wird eine Einnahmeposition von 100.000 Euro im Haushalt eingestellt.“wird zur Beratung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

- Der Antrag der Grünen  
„Die Gebührensatzung für Parken (letzte Änderung 2004) im öffentlichen Raum wird geändert. Auf öffentlichen Straßen und Plätzen entfällt das kostenlose Parken in der 1. Stunde und die Parkgebühren betragen je Stunde 1 Euro. Das kostenlose Parken in den Parkhäusern und die dortigen Gebühren bleiben unverändert.“  
wird zur Beratung in den zuständigen Ausschuss verwiesen.
- Den Antrag der SPD  
„Der Gemeinderat möge beschließen, gemäß § 24 (1) der Gemeindehaushaltsverordnung im Ergebnishaushalt 2024 die angesetzte pauschale Kürzung der Aufwendungen in Höhe von 1,3 Mio. € auf 1,7 Mio. € zu erhöhen (Globaler Minderaufwand).“
- Den Antrag des Ortschaftsrats Hohensachsen  
„Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 hat der Ortschaftsrat Hohensachsen Haushaltsmittel für die Umgestaltung der Rathausgarage zu einem Museumsraum für die Grube Marie beantragt.“

**Ergebnis: Der Gemeinderat lehnt jeweils mehrheitlich ab**

- Eine Stelle zu 1,0 VZÄ als „Landschaftsplaner/in“ im Amt 60 wird in den Stellenplan aufgenommen, die nötigen Mittel im Haushalt werden bereitgestellt. (Antrag der Grünen)
- Für die Digitalisierung an Schulen werden für die 1:1-Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer mit Tablets ausreichende Finanzmittel in den Haushalt eingestellt. Für den Ersatz von Geräten ab September 2024 werden zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 36.000 € eingestellt. (Antrag der Grünen)
- Für die Erarbeitung eines Konzepts zum Gehwegparken und einer Informationskampagne, die über die Printmedien hinausgeht, werden Mittel in Höhe von 10.000 € bereitgestellt. (Antrag der Grünen)
- Die Freien Wähler beantragen rollstuhlgerechte Wege im Schlosspark sowie im vorderen Odenwald zu kennzeichnen, um damit auch behinderten Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, die Möglichkeiten der Erholung in diesem Weinheimer Parkbereich zu geben.  
Dafür sollen Mittel in Höhe von 5.000 € im Haushalt eingestellt werden. (Antrag der Freien Wähler)
- Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung, die Stelle eine/s Beauftragte/n für Gleichstellung und Menschen mit Beeinträchtigungen in den Haushalt aufgenommen wird. (Antrag der SPD)
- Die SPD-Fraktion beantragt, 100.000€ für die Erstellung eines Gutachtens für die Gründung einer kommunalen Immobilien-, bzw. Wohnungsbaugesellschaft, in den Haushalt 2024 einzustellen. (Antrag der SPD)

- Es wird beantragt, den Ansatz „Rotlicht-Überwachung: Ersatz der Anlagen am Händelknoten und an der Ebert-Kreuzung“ mit einem geplanten Investitionsvolumen von 580 T€ angesichts der Haushaltslage zurückzustellen. (Antrag der FDP)
- Es wird beantragt, zu überprüfen, inwieweit die geplante neue Stelle in der Bußgeldabteilung des Bürger- und Ordnungsamts (0,5218 VZÄ) durch (u.U. temporäre) Abordnung aus anderen Bereichen der Verwaltung abgedeckt werden kann. (Antrag der FDP)

**Einige Anträge werden zurückgezogen.**

**Ergebnis: Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich die neue mittelfristige Investitionsplanung.**

**6 Bürgerfragestunde**

**7 Anfragen**